

Wie wichtig sind die finanzpolitischen Konvergenzkriterien?	93
Arbeitsplatzstruktur im Westteil Berlins seit der Vereinigung	100

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 6/96

Berlin

8. Februar 1996

Wapin

63. Jahrgang

Wie wichtig sind die finanzpolitischen Konvergenzkriterien?

Je näher der Termin einer Entscheidung über die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion rückt, um so mehr stellt sich die Frage nach der Rationalität der finanzpolitischen Konvergenzkriterien, zumal sich die Wirtschaftslage in ganz Europa erheblich verschlechtert hat. Auch Deutschland tut sich deshalb schwer, die finanzpolitischen Konvergenzkriterien des Vertrages von Maastricht zu erfüllen. Im vergangenen Jahr belief sich die Defizitquote auf 3,5 vH und lag damit über dem Referenzwert von 3 vH, der dem Vertrag zufolge nur „ausnahmsweise und vorübergehend“ überschritten werden darf. Auch 1996 dürfte die Defizitquote über dem vertraglich vereinbarten Referenzwert liegen¹. Ist dies auch 1997 der Fall, stellt sich die Frage, welche Konsequenzen sich daraus für die Umsetzung des Vertragswerkes ergeben. Absehbar ist, daß dann auch Forderungen laut werden, die Einführung einer Währungsunion zu verschieben.

Eine Verschiebung wäre jedoch ein riskantes Unterfangen, weil dann die Gefahr besteht, daß die Bereitschaft einiger Mitgliedsländer nachläßt, den Konvergenzprozeß weiter voranzutreiben. Rückt nämlich die Teilnahme an einer Währungsunion immer mehr in die Ferne, wird es immer weniger Regierungen gelingen, dem politischen Druck derer zu widerstehen, die auf eine Rückkehr zu einer stärker binnenwirtschaftlich orientierten Strategie drängen. Käme es dann zu Turbulenzen an den Devisenmärkten, wären auch die bisher erzielten Integrationsfortschritte in Frage gestellt. Die Institute haben deshalb in ihrem Herbstgutachten dringend davon abgeraten, die Einführung einer gemeinsamen Währung zu verschieben, und geltend gemacht, daß der Zeitdruck, der sich aus dem in

Maastricht beschlossenen und in Cannes bekräftigten Fahrplan ergibt, notwendig ist, um zu vermeiden, daß aus Konvergenz künftig wieder Divergenz wird².

Unterstrichen wurde damit die Bedeutung der Konvergenzkriterien in ihrer Gesamtheit. In welchem Verhältnis diese zueinander stehen und welches Gewicht ihnen jeweils zukommt, ist freilich eine andere Frage. Der Vertrag von Maastricht nennt insgesamt fünf Kriterien, von denen zwei finanzpolitischer Art sind, drei aber in enger Beziehung zur Geldpolitik stehen. Durch die Diskussion über die finanzpolitischen Konvergenzkriterien wird mehr und mehr aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit verdrängt, daß das Vertragswerk eine Konvergenz der Preissteigerungsraten und der langfristigen Zinsen sowie eine „spannungsfreie“ Teilnahme am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems fordert. Weitgehend offen ist, in welchem Verhältnis beide Gruppen von Konvergenzkriterien zueinander stehen. Sind sie voneinander unabhängig und können sie jeweils für sich genommen eingehalten werden? Oder setzt die Einhaltung der monetären Konvergenzkriterien die der finanzpolitischen voraus? Auf diese Fragen gibt es gegenwärtig keine befriedigende Antwort.

Vorstellbar ist aber auch eine dritte Möglichkeit. Die Einhaltung der monetären Konvergenzkriterien könnte die Einhaltung der finanzpolitischen erschweren oder gar verhindern. Träfe diese Überlegung zu, käme die Wirtschafts-

¹ Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung. Bearb. Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW Nr. 1-2/96, S. 24 u. 32.

² Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1995. In: Wochenbericht des DIW Nr. 42-43/95, S. 742.

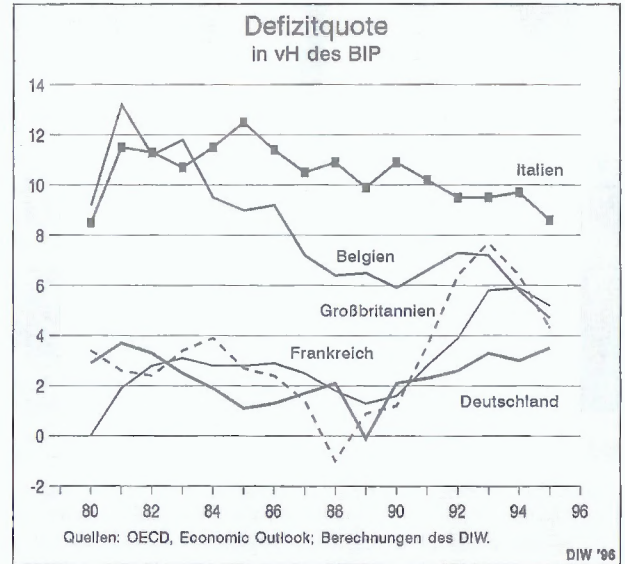
politik nicht darum herum, Prioritäten zu setzen; sie hätte dann zu entscheiden, welcher Gruppe von Konvergenzkriterien sie Vorrang gewährt. Das aber heißt auch, daß sie gegebenenfalls bereit sein müßte, von den Ausnahmeregelungen Gebrauch zu machen, die das Vertragswerk vorsieht. Obgleich eine Änderung des Vertragstextes dazu nicht erforderlich sein dürfte, kann doch kein Zweifel daran bestehen, daß damit eine Entscheidung getroffen würde, die wesentlichen Einfluß auf den Erfolg oder Mißerfolg der Währungsunion hat. Deshalb ist sorgfältig zu prüfen, in welchem Verhältnis die finanzpolitischen Konvergenzkriterien einerseits und die monetären Konvergenzkriterien andererseits zueinander stehen.

Von der finanzpolitischen zur monetären Konvergenz?

Der Vertrag von Maastricht stellt die Konvergenzkriterien nebeneinander, ohne eine Gewichtung vorzunehmen. Auch wenn dies bei einem Vertragswerk legitim sein mag, enthebt es die Wirtschaftspolitik nicht der Verpflichtung, Akzente dort zu setzen, wo sie dies für richtig und angemessen hält. Daß solche Akzentsetzungen unvermeidlich sind, läßt sich anhand einer einfachen Überlegung zeigen. So wird immer wieder die Auffassung vertreten, daß eine starke Zunahme der Defizite öffentlicher Haushalte Inflationserwartungen wecke, zinstreibend wirke und das Währungsgefüge destabilisiere. Entsprechend wurde auch argumentiert, als im Februar des vergangenen Jahres der Dollarkurs ins Rutschen geriet und eine Reihe europäischer Währungen mit sich riß; Haushaltsdefizite wirken, so die Überlegung, insbesondere dann destabilisierend, wenn das von Abwertungen betroffene Land über eine Vorgeschichte verfügt, die nicht durchgängig den Eindruck finanzpolitischer „Solidität“ vermittelt und Befürchtungen weckt, um diese könnte es auch künftig nicht gut bestellt sein.

Trifft diese Überlegung zu, ist finanzpolitische „Solidität“ eine notwendige, wenngleich nicht hinreichende Voraussetzung für monetäre Stabilität. Folglich müßte der Akzent auf der Einhaltung der finanzpolitischen Konvergenzkriterien liegen — der Defizitquote, weil sie über den gegenwärtigen Kurs der Finanzpolitik Aufschluß gibt, aber auch der Schuldenquote, die über finanzpolitische „Altlasten“ informiert. So betrachtet, ist es um die Konvergenz der Teilnehmerstaaten nicht sonderlich gut bestellt. Schaubild 1 zeigt die Defizitquoten einiger wichtiger potentieller Teilnehmerstaaten. Anfang der neunziger Jahre bewegten sich die Defizitquoten Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands spürbar auseinander. Ursächlich dafür war vor allem ein Auseinanderlaufen der konjunkturellen Entwicklung. Während die Weltwirtschaft in eine tiefe Rezession geraten war, profitierte die deutsche Wirtschaft vom Vereinigungsboom. Bei stagnierender Produktion kam es in den Partnerländern aufgrund konjunkturell bedingter Steuerminderungen zu einer kräftigen Ausweitung der Defizitquote. Trotz steigender Produktion nahm auch in Deutschland die

Schaubild 1



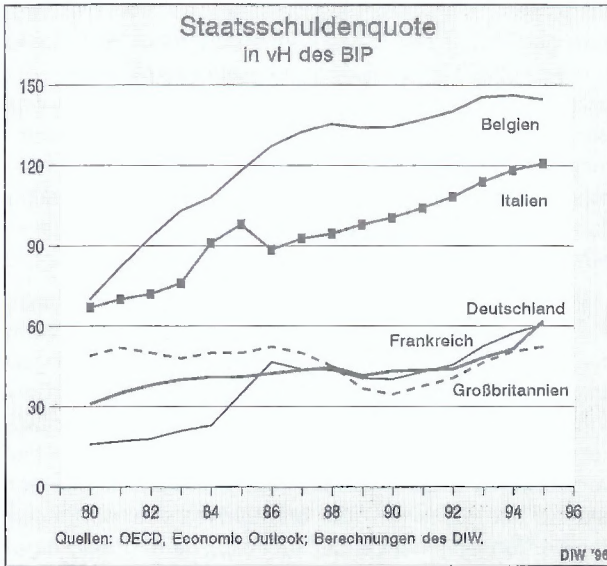
Defizitquote zu, war doch der Vereinigungsboom durch öffentliche Defizite angestoßen worden; allerdings sorgten konjunkturell bedingte Steuermehreinnahmen dafür, daß die Defizitquote weitaus weniger stark anstieg als bei den Partnern. Eine Annäherung konnte erst mit einer Synchronisierung der konjunkturellen Entwicklung wieder erreicht werden: Mit dem Aufschwung 1994 setzte eine Tendenz zur Konvergenz ein. Diese Tendenz ist freilich nunmehr wieder in Frage gestellt.

Auch die Entwicklung der Staatsschuldenquote vermittelt kein sehr ermutigendes Bild (Schaubild 2). In den meisten Staaten hat die Schuldenquote zugenommen, in manchen Ländern stärker (etwa in Italien), in manchen weniger stark (etwa in Frankreich). In Großbritannien hingegen konnte sie zeitweilig zurückgeführt werden — Folge vor allem einer Kombination kräftigen Wachstums von 1987 bis 1990 und umfangreicher Privatisierungsmaßnahmen³. Auch hier ist die Schuldenquote inzwischen wieder spürbar gestiegen, wobei das britische „deficit spending“ in der Rezession Anfang der neunziger Jahre eine nicht unwesentliche Rolle gespielt hat.

Bei der Schuldenquote, soweit sie deutlich über dem Maastrichter Referenzwert (60 vH des nominalen Bruttoinlandsprodukts) liegt, ist eine Annäherung an den Referenzwert sehr viel schwieriger, als bei einer „überhöhten“ Defizitquote (Referenzwert 3 vH des nominalen BIP). Denn die öffentlichen Haushalte dürften zur Tilgung von Schulden nicht neue Schulden machen, sondern sie müßten Einnahmenüberschüsse erzielen. Wenn sie jedoch versuch-

³ Privatisierungsmaßnahmen finden bei der Ermittlung der Schuldenquote Berücksichtigung, nicht aber bei der Ermittlung der Defizitquote. In Anbetracht der Tatsache, daß schon in den achtziger Jahren auch in anderen Staaten der EU umfangreiche Privatisierungen stattgefunden haben, dürfte der Spielraum hier künftig eher begrenzt sein.

Schaubild 2



ten, an die Stelle der bisherigen Finanzierungsdefizite forciert Finanzierungsüberschüsse treten zu lassen, hätte dies nicht nur höchst unerwünschte Konsequenzen für die Volkswirtschaft, sondern auch nachteilige Rückwirkungen auf die öffentlichen Haushalte selber.

Den Netto-Verbindlichkeiten des Staates stehen nämlich Netto-Forderungen der übrigen Sektoren gegenüber. Will der Staat den Schuldenstand reduzieren, müssen das Ausland, die privaten Haushalte und die Unternehmen zusammen Finanzierungsdefizite hinnehmen. Ein rascher Abbau des öffentlichen Schuldenstandes hätte jedoch erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung. Die Folge wäre ein negativer Nachfrageschock, der nicht ohne weiteres von den Haushalten und Unternehmen absorbiert werden könnte. Die Haushalte müßten dann nicht nur ihre Spartätigkeit vollständig einstellen, sondern sogar „entsparen“, also ihre bereits vorhandenen Geldvermögensbestände verringern. Reagieren die Haushalte nicht auf den „Konsolidierungsschock“, trifft er entweder den Unternehmens- oder den Auslandssektor. Sehen sich die Unternehmen des Inlands mit einem plötzlichen Rückgang der Nachfrage des Staatsektors konfrontiert, ohne daß dieser durch eine verminderte Ersparnis der privaten Haushalte oder durch eine verringerte Ersparnis des Auslandes kompensiert wird, muß es über kurz oder lang zu Produktionseinschränkungen kommen⁴.

Auch wenn eine Senkung der Schuldenquote vor allem zulasten des Auslandes ginge, ergäben sich negative Rückwirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Inlandes. Da der Sektor Ausland seinerseits aus dem Staat, den Unternehmen und den privaten Haushalten besteht, stellte sich auch hier die Frage, welcher Sektor die Anpassungslast zu tragen hätte. Auch hier würden vor

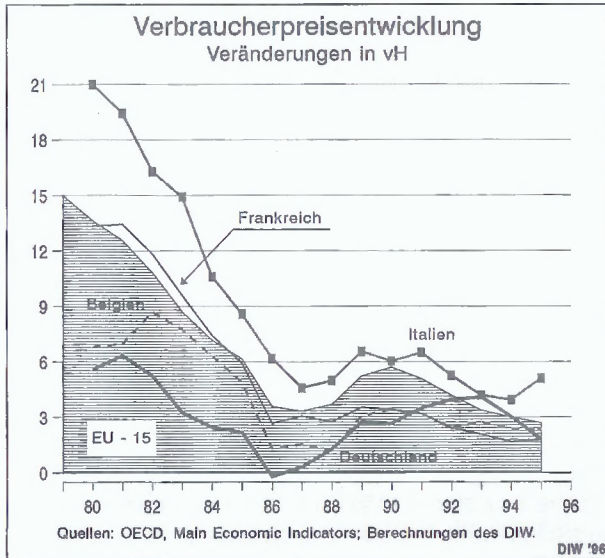
allem die Unternehmen belastet, wenn die öffentlichen Haushalte Finanzierungsüberschüsse bilden. Folgen alle Mitglieder der Europäischen Union einer solchen Strategie, steht als „Puffer“ nur noch das außereuropäische Ausland zur Verfügung. Da das Gewicht der Handelsbeziehungen Europas zur übrigen Welt vergleichsweise gering ist, enthalten die Konsolidierungsbestrebungen der EU-Mitglieder ihre Hauptwirkung nach „innen“; Wachstums- und Beschäftigungseinbußen müssen die Folge sein.

Das gilt auch dann, wenn nicht der Schuldenstand, sondern „nur“ das laufende Defizit reduziert werden soll. Zwar müssen die Unternehmen dann nicht notwendigerweise Verluste hinnehmen, wohl aber sinkende Gewinne. Damit freilich werden alle Bestrebungen unterlaufen, die Unternehmen zu entlasten, sei es über eine Senkung der Lohn- „neben“-Kosten, sei es über eine Senkung der Grenzsteuersätze. Eine solche Politik untergräbt ihre eigenen Voraussetzungen, weil sie Bedingungen schafft, die eine Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen gerade nicht zulassen. Kaum einzusehen ist dann auch, warum auf diese Weise das Vertrauen der Finanzmärkte gestärkt werden sollte. Anzunehmen ist eher, daß das Gegenteil der Fall wäre: Eine Politik, die die Unternehmen belastet, die also zu Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit führt, ist auf Dauer nicht tragfähig. Wird das von den Finanzmärkten antizipiert, besteht die Gefahr, daß es im Vorfeld einer Währungsunion zu Turbulenzen an den Devisenmärkten kommt. Nicht nur die Einhaltung des Wechselkurskriteriums wäre dann gefährdet; auch die langfristigen Zinssätze könnten dann wieder auseinanderdriften, weil höhere Risikoprämien für Anlagen verlangt werden, die auf abwertungsverdächtige Währungen lauten.

Dann aber wären gerade die Konvergenzerfolge in Frage gestellt, die in den achtziger und frühen neunziger Jahren erzielt werden konnten. Das Schaubild 3 zeigt, daß die Preissteigerungsraten seit Anfang der achtziger Jahre substantiell zurückgeführt und schrittweise deutschen Standards angenähert werden konnten. Da die Wechselkursrisiken zwar nicht völlig ausgeschaltet, aber doch erheblich verringert werden konnten, konvergierten auch die langfristigen Zinsen (Schaubild 4). Nicht nur, daß diese Konvergenzfortschritte in der aktuellen Diskussion immer mehr in Vergessenheit geraten sind; sie kontrastieren auch auffallend mit der vergleichsweise geringen Konvergenz im Bereich der Finanzpolitik. Die These, eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sei gleichsam eine Vorbedingung für monetäre Stabilität, läßt sich somit in dieser Form nicht aufrechterhalten. Man kann allerdings noch einen Schritt weiter gehen und die Frage stellen, ob die Konvergenzerfolge im monetären Bereich nicht zu Lasten der finanzpolitischen Konvergenz gehen mußten.

⁴ Es sei denn, die Unternehmen wären in der Lage, diesen Nachfrageausfall auszugleichen, indem sie ihre eigenen Ausgaben erhöhen, also mehr Investitions- und Konsumgüter nachfragen.

Schaubild 3



Die monetäre Konvergenz und ihre Kosten

Während die Diskussion über den Maastricht-Vertrag mehr und mehr von der Frage dominiert wird, was getan werden kann, um die finanzpolitischen Konvergenzkriterien einzuhalten, lag der Akzent in den achtziger und frühen neunziger Jahren eindeutig auf einer Rückführung der Preissteigerungsraten. Dabei stand die Sorge im Vordergrund, stark divergierende Preissteigerungserwartungen könnten in eine Europäische Währungsunion hineingetragen werden und destabilisierend wirken. Käme es nämlich nach dem Übergang zu einer gemeinsamen Währung zu hohen Preissteigerungen, stünde eine Europäische Zentralbank vor der Frage, ob sie diese hinnehmen oder aber durch eine Hochzinspolitik bekämpfen soll. Im ersteren Falle bedeutet dies, daß Preissteigerungen auftreten können, die aus deutscher Sicht nicht mehr akzeptabel sind, im letzteren, daß die Arbeitslosigkeit weiter zunimmt, was zu akzeptieren wiederum den Partnern schwerfallen dürfte. Ein Zielkonflikt wäre dann unvermeidlich. Selbst wenn ein allgemeiner Preisauftrieb ausbleibt, besteht immer noch die Möglichkeit, daß starke regionale Disparitäten am Arbeitsmarkt auftreten, die zu einem steigenden Transferbedarf führen.

An einer Angleichung der Preissteigerungsraten führte somit kein Weg vorbei. Um den dazu erforderlichen Kurswechsel zuwege zu bringen, mußte den Marktteilnehmern glaubwürdig signalisiert werden, daß mit einer akkommodierenden Haltung der Geldpolitik künftig nicht mehr zu rechnen ist und eine Rückführung der Preissteigerungsraten absoluten Vorrang genießt. Eine bloße Ankündigung hätte dazu kaum ausgereicht; notwendig war vielmehr eine Selbstbindung, die jedermann vor Augen führte, daß die Geldpolitik fest entschlossen war, die Preissteigerungserwartungen zu brechen. Eine wesentliche Rolle spielte

dabei der Wechselkursmechanismus des EWS, an dessen Teilnahme die Verpflichtung geknüpft war, den Wechselkurs gegenüber der D-Mark innerhalb einer Bandbreite von $\pm 2,25$ vH zu stabilisieren — eine Verpflichtung, die sich nur dann einhalten ließ, wenn die Zentralbank des jeweiligen Teilnehmerlandes die Geldpolitik des Leitwährungslandes weitgehend übernahm und die zinspolitischen Entscheidungen der Deutschen Bundesbank auch dann nachvollzog, wenn sich daraus negative Konsequenzen für Wachstum und Beschäftigung im Inneren ergaben.

Das war in einigen Ländern der Fall. Schaubild 5 zeigt, daß die Arbeitslosigkeit gerade in jenen Ländern besonders rasch angestiegen ist, die große Anstrengungen unternommen hatten, ihre Preissteigerungsraten zurückzuführen und diese rasch deutschen Standards anzunähern. Dazu trugen vor allem zwei Faktoren bei: So hatte der Versuch, die nominalen Wechselkurse zu stabilisieren, vor allem in der Phase von 1987 bis 1992 reale Aufwertungen der Währungen jener Länder zur Folge, deren Preissteigerungsraten nach der zweiten Ölpreiskrise zu Beginn der achtziger Jahre substantiell über denen Deutschlands gelegen hatten. Diese reale Aufwertung trug wesentlich dazu bei, den Wettbewerbsdruck zu verschärfen, dem sich die Unternehmen der Konvergenzländer durch die zunehmende Integration der Güter- und Finanzmärkte ohnehin ausgesetzt sahen.

Restriktive Wirkungen gingen aber auch von der Geldpolitik aus. Offensichtlich ist dies gerade im Falle der deutschen Vereinigung. Während die Deutsche Bundesbank die Leitzinsen schrittweise anhub, um die Preissteigerungserwartungen zu brechen, die sich im Vereinigungsboom herausgebildet hatten, befanden sich die europäischen Partner noch in einer Rezession; gleichwohl mußten sie die zinspolitischen Entscheidungen der deutschen Bundesbank nachvollziehen und ihre Leitzinsen anheben,

Schaubild 4

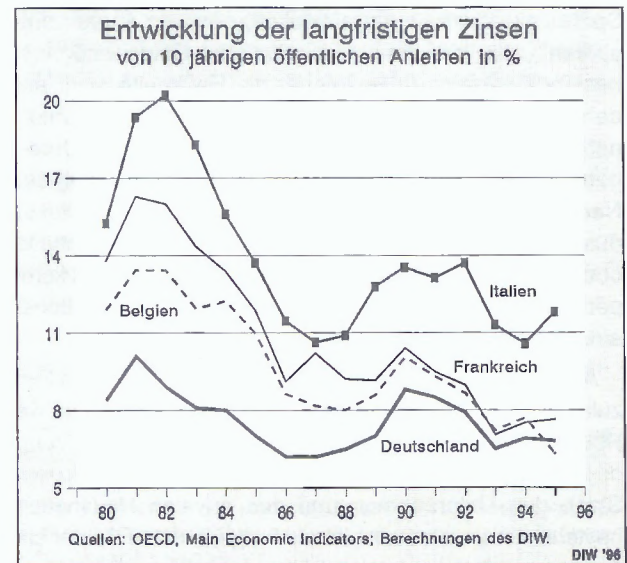
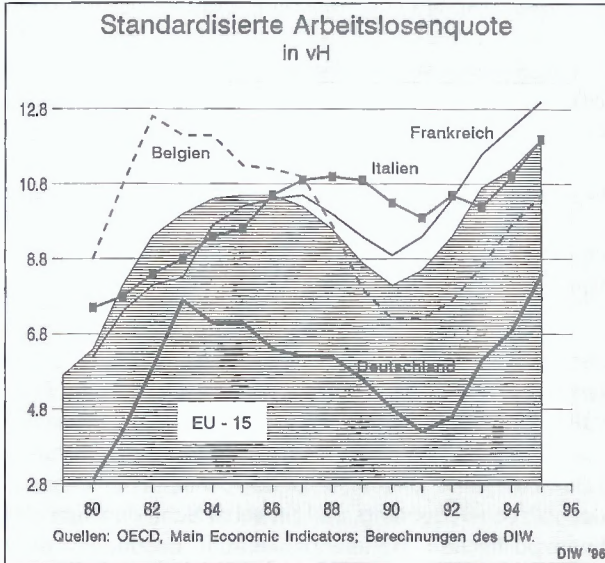


Schaubild 5



obwohl die konjunkturelle Entwicklung das Gegenteil erfordert hätte. Die Folge war, daß der langfristige Zins, obgleich seit 1991 weltweit rückläufig, in weitaus geringerem Maße sinken konnte, als es sonst der Fall gewesen wäre.

Restriktive Wirkungen gingen aber auch schon in den achtziger Jahren von der Zinsentwicklung am Kapitalmarkt aus. Zwar war es gelungen, durch eine Strategie der Wechselkursstabilisierung die Preissteigerungsraten zu senken und damit auch die Wahrscheinlichkeit von Leitkursanpassungen zu verringern; gleichwohl bestand weiterhin ein „Restrisiko“, das groß genug war, um eine vollständige Konvergenz der langfristigen Zinsen zu verhindern. Der Kapitalmarktzins bei unseren Partnern ergab sich somit aus dem deutschen Kapitalmarktzins zuzüglich einer Risikoprämie. Selbst wenn der Kapitalmarktzins in Deutschland durchgängig der jeweiligen Konjunkturlage angemessen gewesen wäre, hätte er bei den Partnern somit im Durchschnitt restriktiv gewirkt — eine Restriktionswirkung, die wirtschaftspolitisch durchaus erwünscht war, weil die für jedermann sichtbare Bereitschaft der Geldpolitik, anhaltende, ja steigende Massenarbeitslosigkeit hinzunehmen, den Marktteilnehmern signalisierte, daß die Geldpolitik „hart bleiben“ und auf eine Akkommodierung stabilitätswidriger Lohnsteigerungen verzichten würde.

Wie fragil dieses geld- und währungspolitische Arrangement tatsächlich war, zeigte sich in aller Deutlichkeit, als der Vertrag von Maastricht mit den finanzpolitischen Konvergenzkriterien zusätzliche Anforderungen für die Teilnahme an einer Europäischen Währungsunion schuf. Damit nahm die Wahrscheinlichkeit zu, daß einzelne Länder den Konvergenzprozeß nicht mehr länger durchhalten und zu einer stärker binnenwirtschaftlich orientierten Strategie zurückkehren würden. Zwar hatte die Finanzpolitik schon in den achtziger Jahren durchweg auf Konsolidie-

rung gesetzt; es bestand jedoch nach wie vor die Bereitschaft, konjunkturell bedingte Defizite hinzunehmen. Nimmt man die Veränderung der Arbeitslosenquote als Indikator für die konjunkturelle Entwicklung, zeigt sich, daß die Veränderung der Defizitquote in Frankreich und Deutschland in den achtziger und neunziger Jahren gleichgerichtet war (Schaubild 6 und 7). Allen Konsolidierungsbestrebungen zum Trotz wurden konjunkturell bedingte Defizite offenbar hingenommen. Erst als mit dem Vertrag von Maastricht explizit eine Rückführung der Defizitquoten gefordert und die Wirkung dieses automatischen Stabilisators zunehmend in Frage gestellt wurde, gerieten auch die Währungen solcher Länder unter Druck, die nicht mit einer realen Aufwertung zu kämpfen hatten. Im September 1992 kam es zu anhaltenden Spekulationswellen, die erstmals seit 1987 eine Leitkursanpassung erzwangen; im August 1993 wurde das EWS mit der Bandbreitenerweiterung de facto suspendiert und damit jenes Instrument aus der Hand gegeben, das seit Anfang der achtziger Jahre wesentlich zur monetären Konvergenz in Europa beigetragen hatte.

Sehr fraglich ist denn auch, ob es möglich gewesen wäre, eine Konvergenz der Preissteigerungsraten zu erreichen, wenn Deutschland schon Anfang der achtziger Jahre auf einer massiven Senkung nicht nur der Defizitquote, sondern auch der Schuldenquote bestanden hätte. Eine „Doppelbelastung“ durch eine monetäre und durch eine finanzpolitische Konvergenz hätte das europäische Währungsgefüge erheblich stärker strapaziert, als dies durch die Angleichung der Geldpolitik für sich genommen schon der Fall war. Unter diesen Umständen wäre es der Geldpolitik kaum gelungen, das Währungsgefüge fünf Jahre lang stabil zu halten; Turbulenzen an den Devisenmärkten hätten dann wohl der Vision einer gemeinsamen Währung ein rasches Ende bereitet.

Schaubild 6

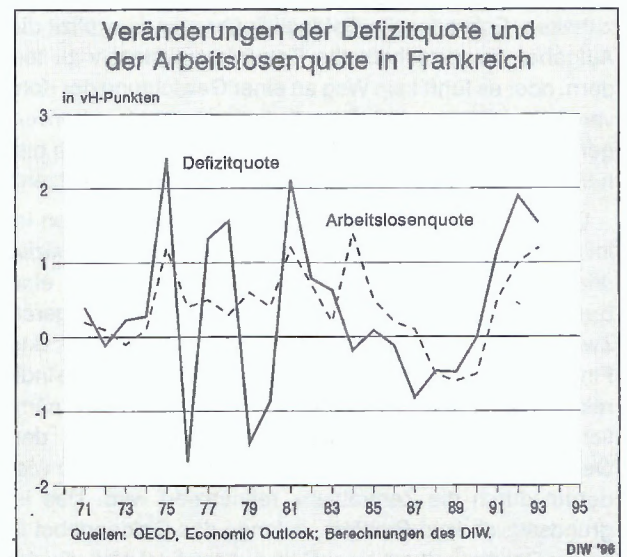
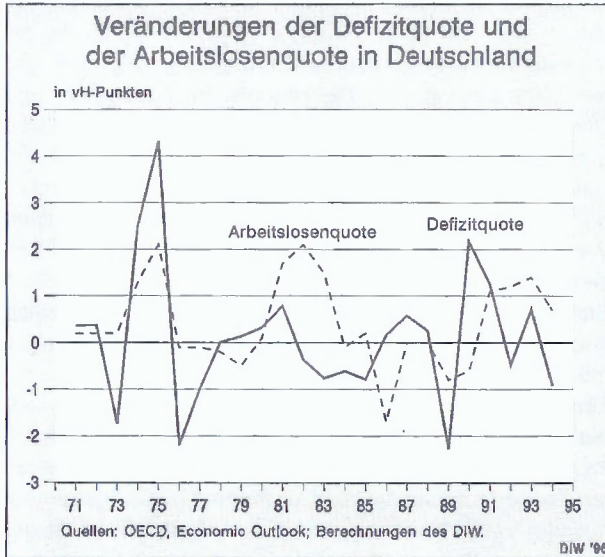


Schaubild 7



Finanzpolitische Konvergenz wurde folglich gegen geldpolitische Konvergenz getauscht, um die elementare Voraussetzung für eine gemeinsame Währung zu schaffen: Preisniveaustabilität.

Wirtschaftspolitische Konsequenzen

Der Versuch, beide Gruppen von Konvergenzkriterien in einer wirtschaftlichen Schwächephase einhalten zu wollen, gleicht einer Quadratur des Kreises. Nur wenn die Geldpolitik in Europa insgesamt für eine ausreichend rasche Expansion der Wirtschaft sorgt, lassen sich sowohl die monetären als auch die finanzpolitischen Konvergenzkriterien erfüllen. Ist dies nicht der Fall und liegt der Akzent auf der Einhaltung der monetären Konvergenzkriterien, ist es nahezu unmöglich, zugleich die finanzpolitischen einzuhalten. Entweder die Geldpolitik übernimmt explizit die Aufgabe, die wirtschaftliche Entwicklung massiv zu fördern, oder es führt kein Weg an einer Gewichtung der Konvergenzkriterien vorbei. Sind die finanzpolitischen Konvergenzkriterien so wichtig, daß es gerechtfertigt ist, die bisher erzielten Konvergenzfortschritte aufs Spiel zu setzen?

Die Ratio der finanzpolitischen Konvergenzkriterien ist im Grunde einfach. Durch eine Begrenzung der Defizite öffentlicher Haushalte soll verhindert werden, daß eine Europäische Zentralbank unter politischen Druck gerät. Zwar verbietet der Vertrag von Maastricht eine direkte Finanzierung von Defiziten durch die Notenbank; eine indirekte Finanzierung ist indessen immer möglich, dann nämlich, wenn der Staat Anleihen emittiert, die von den Geschäftsbanken gekauft werden und deren Erwerb wiederum durch die Zentralbank refinanziert wird. Das ist grundsätzlich kein Problem, solange das Geldangebot in seiner Gesamtheit mit einer Rate ausgeweitet wird, die der

Wachstumsrate des Produktionspotentials entspricht; maßgeblich kann immer nur sein, wieviel Geld *insgesamt* in Umlauf gebracht wird, nicht hingegen, wer es zuerst erhält: der Staat oder die Geschäftsbanken. Zum Problem werden notenbankfinanzierte Staatsausgaben erst dann, wenn die Zentralbank durch den Staat gedrängt wird, mehr Liquidität zur Verfügung zu stellen, als mit inflationsfreiem Wachstum vereinbar ist, und die Zentralbank diesem Druck nachgibt. Das zu verhindern sei nur möglich, so offenbar die Überlegung, wenn die Defizite der öffentlichen Haushalte von Anfang an begrenzt werden.

Eine ähnliche Überlegung steht auch hinter dem Schuldenstandskriterium. Zwar besitzt die in der Vergangenheit entstandene Staatsverschuldung keine unmittelbare Relevanz mehr für die Gegenwart, weil die konjunkturellen Wirkungen der Finanzpolitik von den laufenden Finanzierungssalden ausgehen; mittelbar ist der Schuldenstand jedoch deshalb von Bedeutung, weil ein hoher Schuldenstand den finanzpolitischen Handlungsspielraum besonders dann einengt, wenn die Zentralbank einen restriktiven Kurs einschlägt, der die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte in die Höhe treibt. Selbst wenn in Rechnung gestellt wird, daß dann auch der Notenbankgewinn höher ausfällt als zuvor, ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß die Finanzpolitik auf die Notenbank mit dem Ziel einwirkt, Leitzinsanhebungen hinauszuzögern.

Die finanzpolitischen Konvergenzkriterien sind also nicht unwichtig. Sie stellen eine „Zusatzversicherung“ dar, die verhindern soll, daß eine zwar formal, faktisch aber nicht zwingend vollständig unabhängige Zentralbank politisch mißbraucht wird. Diese Zusatzversicherung greift allerdings nur bedingt; auch bei Defizitquoten von unter 3 vH könnte der Fall eintreten, der oben beschrieben wurde. Entsprechendes gilt für das Schuldenstandskriterium. So schützt eine Schuldenquote von 60 vH und darunter nicht davor, daß sich die Finanzpolitik einzelner Mitgliedsländer so eingeengt fühlt, daß politischer Druck auf die Europäische Zentralbank ausgeübt wird. Eine absolute Scheidelinie zwischen einer „soliden“ und einer „unsoliden“ Finanzpolitik zu ziehen, je nachdem, ob die Defizitquote und die Schuldenquote unterhalb oder oberhalb ihrer vertraglich vereinbarten Referenzwerte liegen, ist somit nicht möglich.

Entscheidend aber ist, daß von dem Versuch, die finanzpolitischen Konvergenzkriterien um jeden Preis einzuhalten, erhebliche Risiken für den europäischen Einigungsprozeß ausgehen — Risiken, die möglicherweise weitaus größer sind, als diejenigen, die sich ergeben, wenn von den Ausnahmeregelungen des Vertragswerks Gebrauch gemacht wird und auch solche Staaten an einer Währungsunion teilnehmen, die zwar die monetären Kriterien erfüllen, aber sich mit der Einhaltung der finanzpolitischen schwer tun und diese möglicherweise 1997, also im entscheidenden Jahr, nicht einhalten können. Sollen nämlich die Referenzwerte erreicht werden, müßte die Finanzpolitik aller potentiellen Teilnehmerländer unverzüglich einen

massiven Restriktionskurs einschlagen und damit riskieren, daß die ohnehin fragile konjunkturelle Entwicklung weiter geschwächt wird und das Erreichen des Defizitkriteriums selbst in weitere Ferne rückt. Steigt dann die Massenarbeitslosigkeit weiter an, entstehen zudem soziale und politische Spannungen, die zur Folge haben können, daß eine Währungsunion wieder auseinanderbricht und der Einigungsprozeß weit zurückgeworfen wird.

Die Konsequenz ist, daß die Wirtschaftspolitik von den Ausnahmeklauseln Gebrauch machen muß⁵, die das Vertragswerk aus gutem Grund vorsieht. Das ist in der gegenwärtigen Situation insbesondere für die deutsche Wirtschaftspolitik ein heikles Unterfangen, hat doch gerade die deutsche Seite auf einer „strikten“ Einhaltung der finanzpolitischen Konvergenzkriterien bestanden und Vorschläge unterbreitet, diese weiter zu verschärfen. Zudem gilt, daß sich Ausnahmeregelungen in keinem Falle nur auf Deutschland beschränken dürften, sondern für alle Unter-

zeichnerstaaten gelten müßten. Angesichts der drohenden Krise des Einigungsprojektes sollte die deutsche Finanzpolitik aber ihre Bedenken zurückstellen und ihre Bereitschaft zu erkennen geben, von den Ausnahmeklauseln des Vertrages Gebrauch zu machen, falls sich die wirtschaftliche Entwicklung nicht rasch erholt. Ohne kräftiges Wachstum und ohne eine kräftige Zunahme der Beschäftigung kann es langfristig keine Stabilität geben. Deshalb müssen jetzt die Weichen gestellt werden, um einen Wachstumsprozeß in Gang zu bringen⁶. Nur in einem solchen Aufschwung kann es gelingen, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren und die finanzpolitischen Konvergenzkriterien zu erreichen.

⁵ In diesem Sinne auch jüngst der frühere französische Staatspräsident Giscard d'Estaing. Vgl. FAZ vom 25.1.96, S. 13.

⁶ Vgl. Grundlinien a.a.O., S. 29 f.

Arbeitsplatzstruktur im Westteil Berlins seit der Vereinigung

Von 1989 — dem Jahr der Grenzöffnung — bis 1994 hat die Zahl der Erwerbstätigen im Westteil Berlins um 109 000 auf 1 044 000 zugenommen¹. Im gleichen Zeitraum stieg auch die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 33 000 auf durchschnittlich 130 000. Während die Beschäftigung nach dem Höhepunkt im Jahre 1992 wieder zurückging, wuchs die Arbeitslosigkeit weiter an². Diese Entwicklung, die sich aus einem Zustrom an Arbeitskräften — vor allem aus dem Ostteil Berlins und dem Umland — erklärt, wurde von strukturellen Veränderungen der Beschäftigung begleitet. Die Abkapselung der Westhälfte der Stadt bis 1989 hatte in den Jahrzehnten zuvor zu Qualitätsdefiziten bei den Arbeitsplätzen im Vergleich zu westdeutschen Verhältnissen geführt³. Diese Unterschiede haben sich in der ersten Hälfte der 90er Jahre verringert. Dennoch wird das Niveau westdeutscher Vergleichsstädte noch nicht erreicht.

Datenbasis und Methode der Untersuchung

In der vorliegenden Untersuchung wurden Daten aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit⁴ für das Jahr 1994, für das die bisher aktuellsten Daten vorliegen, und für 1989 ausgewertet. Als Indikatoren für die Qualität der angebotenen Arbeitsplätze werden der Anteil der Beschäftigten mit Hoch- und Fachhochschulabschluß an den Arbeitnehmern insgesamt (Akademikerquote) einerseits und an den Angestellten (Angestellten-Akademikerquote) andererseits herangezogen. Dabei steht die Angestellten-Akademikerquote speziell für die Ausprägung des dispositiven Bereichs (Verwaltungs- und Leitungsfunktion). Für den operativen Bereich gibt der Anteil der Angestellten an den gesamten Arbeitnehmern (Angestelltenquote) Hinweis auf den Grad der Tertiarisierung. Ein steigender Tertiarisierungsgrad deutet auf mehr Automatisierung und damit auf eine Modernisierung des Fertigungsprozesses hin.

Der Anteil der Facharbeiter an den Arbeitern (Facharbeiterquote) liefert Anhaltspunkte über die Qualität der Arbeitsplätze im Produktionsprozeß. Eine wachsende Facharbeiterquote zeigt den Wegfall von Hilfstätigkeiten (durch Rationalisierung) an.

Als Vergleichsregionen wurden das alte Bundesgebiet insgesamt sowie ausgewählte Ballungsgebiete (Stadtregionen)⁵ und Großstädte⁶ herangezogen. War bis zur Wiedervereinigung ein Vergleich Westberlins mit westdeutschen Großstädten problematisch, weil sich hier wegen des fehlenden Umlandes die üblichen Kern-/Umlandstrukturen nicht herausbilden konnten, so gewinnt dieser Vergleich jetzt immer mehr an Bedeutung.

Beschäftigungssituation nach Branchen

Gegenüber 1989 hat die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung 1994 in allen betrachteten Teilregionen zugenommen, im Westteil Berlins aber weit überdurchschnittlich: Hier stieg die Beschäftigung um 13,2 vH. Dage-

gen betrug die Zunahme im Durchschnitt der alten Bundesländer 5,3 vH, in den Stadtregionen 3,8 vH und in den westdeutschen Großstädten lediglich 1,3 vH (Tabelle 1). Dabei fanden in allen betrachteten Regionen ähnliche Umbrüche in der Branchenstruktur statt, in Westberlin waren sie jedoch meist am stärksten ausgeprägt. Das verarbeitende Gewerbe hat durchweg an Bedeutung verloren, während insbesondere die Dienstleistungsunternehmen, aber auch die gemeinnützigen Organisationen Beschäftigungsgewinne zu verzeichnen hatten.

Im einzelnen war der Beschäftigungsrückgang im verarbeitenden Gewerbe in den Großstädten (—15,3 vH) und in Westberlin (—14,4 vH) am stärksten, gefolgt von den Stadtregionen (—11,3 vH). Im Durchschnitt der alten Bundesländer dagegen verringerte sich die Beschäftigung lediglich um 8,4 vH. Hier war der Anteil der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe an der Gesamtbeschäftigung mit einem Drittel deutlich höher als in den Großstädten. Dies ist ein Zeichen dafür, daß die Standortbedingungen für indu-

¹ Nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Landesamts Berlin, Jahresdurchschnitte.

² Im Dezember 1995 auf 142 000.

³ Vgl. Zur Arbeitsplatzstruktur der Berliner Wirtschaft. Ein interregionaler Vergleich. Bearb.: Kurt Geppert und Peter Ring. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 40/1983. — Strukturelle Defizite im verarbeitenden Gewerbe von Berlin (West). Ein interregionaler Vergleich. Bearb.: Alexander Eickelpasch. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 13/1990.

⁴ Diese Statistik umfaßt allerdings nur die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Beamte und geringfügig Beschäftigte — zusammen etwa 20 vH aller Erwerbstätigen — sind nicht erfaßt. Damit sind Aussagen über Wirtschaftsbereiche mit hohen Selbständigenanteilen (Handel, private Dienstleistungen) und hohen Beamtenanteilen (Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Gebietskörperschaften) nur begrenzt möglich.

⁵ Regionen Hamburg, Bremen, Hannover, Frankfurt (Main), Mannheim/Ludwigshafen, Stuttgart, München, Nürnberg.

⁶ Städte Hamburg, Bremen, Hannover, Essen, Köln, Frankfurt (Main), Mannheim/Ludwigshafen, Stuttgart, München, Nürnberg/Erlangen/Fürth.

Tabelle 1

**Struktur der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Jahre 1994
und ihre Veränderung seit 1989 in Westberlin und in Vergleichsregionen**
Jeweilige Stichtage: 30. Juni

Wirtschaftsbereich	Westdeutschland ¹⁾			Westberlin			Großstädte ²⁾			Stadtregionen ³⁾		
	1994	Veränderung 1989/94		1994	Veränderung 1989/94		1994	Veränderung 1989/94		1994	Veränderung 1989/94	
Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt in 1000	22 755	1 136		859	100		4 129	51		6 611	244	
Darunter:	Struktur in vH	...des Anteils in vH- Punkten	Wachstums- rate 94/89 der Beschäf- tigung	Struktur in vH	...des Anteils in vH- Punkten	Wachstums- rate 94/89 der Beschäf- tigung	Struktur in vH	...des Anteils in vH- Punkten	Wachstums- rate 94/89 der Beschäf- tigung	Struktur in vH	...des Anteils in vH- Punkten	Wachstums- rate 94/89 der Beschäf- tigung
Produzierendes Gewerbe	42,5	-4,6	-5,0	29,6	-4,6	-1,9	30,8	-4,6	-11,9	37,4	-4,8	-8,0
Energie- und Wasserversorgung	1,8	-0,3	-11,1	1,8	-0,1	5,6	1,5	-0,1	-5,1	1,1	-0,1	-2,8
Verarbeitendes Gewerbe	32,9	-4,9	-8,4	18,7	-6,1	-14,4	23,6	-4,6	-15,3	29,6	-5,0	-11,3
Grundstoffe u. Produktionsgüter	5,7	-1,0	-10,7	2,2	-0,6	-12,8	4,8	-0,7	-12,2	5,0	-0,7	-8,6
Investitionsgüter	17,4	-2,9	-9,7	10,6	-3,7	-16,2	14,4	-3,4	-18,1	17,5	-3,6	-13,8
Verbrauchsgüter	6,8	-0,9	-7,0	3,5	-1,1	-12,9	2,5	-0,4	-12,1	4,5	-0,6	-9,2
Nahrungs- und Genußmittel	3,1	-0,1	1,2	2,4	-0,6	-10,0	2,0	-0,1	-3,7	2,6	-0,1	-0,3
Baugewerbe	7,8	0,6	14,6	9,1	1,6	37,3	5,7	0,1	3,4	6,7	0,3	8,5
Handel und Verkehr	19,4	1,0	11,2	19,6	1,4	21,7	23,6	-0,3	0,2	22,2	0,6	6,7
Handel	14,4	0,8	11,4	12,8	0,6	18,7	15,4	-0,2	0,0	15,5	0,4	6,9
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	5,1	0,2	10,6	6,8	0,8	27,8	8,2	-0,1	0,5	6,7	0,2	6,4
Dienstleistungsunternehmen	19,9	2,9	23,4	25,4	5,2	42,2	28,2	3,8	16,9	23,6	3,4	21,4
Kreditinstitute, Versicherungen	4,3	0,2	11,4	3,9	0,8	43,6	8,1	0,7	10,2	5,8	0,4	11,5
Sonstige Dienstleistungen	15,6	2,7	27,2	21,5	4,4	42,0	20,1	3,1	19,8	17,8	3,0	25,0
Organisationen ohne Erwerbszweck, priv. Haushalte	5,9	0,8	22,3	6,7	0,2	16,3	5,9	0,8	16,1	5,2	0,7	19,3
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	11,3	-0,1	4,3	18,0	-2,3	0,3	11,2	0,3	4,3	10,8	0,2	5,5
Alle Bereiche	100,0	0,0	5,3	100,0	0,0	13,2	100,0	0,0	1,3	100,0	0,0	3,8

¹⁾ Einschließlich Westberlin. — ²⁾ Hamburg, Bremen, Hannover, Essen, Köln, Frankfurt (Main), Mannheim/Ludwigshafen, Stuttgart, München, Nürnberg/Erlangen/Fürth. — ³⁾ Hamburg, Bremen, Hannover, Frankfurt (Main), Mannheim/Ludwigshafen, Stuttgart, München, Nürnberg.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

strielle Fertigungen „auf dem flachen Land“, zumindest aber in den Randlagen der Städte, attraktiver sind als innerhalb der großen Städte.

Der Beschäftigungsanteil des verarbeitenden Gewerbes ist in allen Vergleichsregionen gesunken, in Westberlin jedoch am stärksten: Er nahm hier von 25 vH im Jahr 1989 auf 19 vH im Jahr 1994 ab. In den Großstädten hingegen betrug der Anteil 1994 noch 24 vH, in den Stadtregionen sogar 30 vH. Besonders hat sich die Beschäftigung im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe verringert.

Die Beschäftigung hat jedoch nicht kontinuierlich abgenommen: Während die Zahl der Arbeitnehmer im verarbeitenden Gewerbe bis 1991 in nahezu allen betrachteten Regionen noch zunahm bzw. in den Großstädten stagnierte, verringerte sie sich in den Jahren danach rapide. In Westberlin ging sie dabei von 1991 bis 1994 um 20,9 vH zurück, in den Großstädten um 15,2 vH, in den Stadtregionen um 13,8 vH sowie im Durchschnitt des alten Bundesgebietes um 12,7 vH.

Vor allem in den Großstädten befindet sich das verarbeitende Gewerbe nach dem Abklingen des Vereinigungsbooms in einem Prozeß des strukturellen Umbruchs, der mit einem spürbaren Arbeitsplatzabbau einhergeht. Im Westteil Berlins verlief dieser Prozeß besonders ausgeprägt, weil viele Betriebe nach Wegfall der Berlin-Förderung mit ihrem bisherigen Produktionsprofil nicht mehr konkurrenzfähig waren und ihre Aktivitäten entsprechend verringert oder sogar eingestellt haben. Hinzu kommen hier neue Möglichkeiten der Verlagerung, besonders in das Umland.

Zum bedeutendsten Wirtschaftszweig in Westberlin haben sich die sonstigen privaten Dienstleistungen entwickelt. Hierzu zählen beispielsweise neben Beratungsdiensten (Rechts-, Bau-, Wirtschaftsberatung) und anderen freien Berufen auch die Bereiche Gaststätten und Beherbergung, Körperpflege, Kunst, Bildung und private Gesundheitspflege. Zusammengenommen hat dieser Bereich einen Beschäftigungsanteil von 22 vH erreicht und ist somit stärker besetzt als im Durchschnitt der westdeutschen Großstädte (20 vH), der Stadtregionen (18 vH) und der alten Bundesländer insgesamt (16 vH). In den letzten fünf Jahren hat die Beschäftigung in diesem Bereich im Westteil Berlins um 42 vH zugenommen, stärker als in den Vergleichsregionen.

Auf einen Blick zeigt die Westberliner Branchenstruktur im Vergleich zum Durchschnitt der Großstädte folgendes Bild: Geringere Beschäftigungsmöglichkeiten gibt es besonders im verarbeitenden Gewerbe, aber auch im Handel. Im Verkehrs- und Nachrichtenbereich sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe sind trotz starker Zunahme im letzten Jahrzehnt ebenfalls noch Beschäftigungsrückstände vorhanden. Einen vergleichsweise hohen Beschäftigtenanteil hat nach wie vor der Staat⁷. Trotz einer Abnahme — auch durch Verlagerung von Verwaltungen in den Ostteil der Stadt — ist hier der Beschäftigungsanteil mit 18 vH gegenüber 11 vH in den Vergleichsregionen

noch immer überproportional. Dies gilt auch für den Vergleich mit den Stadtstaaten Hamburg und Bremen, wo der Anteil 12 vH beträgt.

Qualitative Arbeitsplatzstruktur im verarbeitenden Gewerbe ...

In Westberlin war der Wandel der Qualifikationsstruktur viel stärker als in den Vergleichsregionen. So stiegen die Angestelltenquote im verarbeitenden Gewerbe in Westberlin um 5,3 vH-Punkte und die Facharbeiterquote um 7,4 vH-Punkte (Tabelle 2). Auch die Akademikeranteile nahmen beträchtlich zu. Dies ist durchgängig in allen vier Hauptbereichen des verarbeitenden Gewerbes der Fall. Dennoch ist hier das durchschnittliche Qualitätsniveau der Arbeitsplätze westdeutscher Großstädte — bis auf einige Ausnahmen im Bereich Grundstoffe und Produktionsgüter — noch nicht erreicht. So ist die Angestelltenquote im verarbeitenden Gewerbe Westberlins mit 39 vH noch immer rund 10 vH-Punkte, die Facharbeiterquote mit 44 vH 8 vH-Punkte niedriger; die Akademikerquote bei allen Arbeitnehmern ist mit 9 vH und bei den Angestellten mit 22 vH um jeweils 3 vH-Punkte geringer. In den Unterbereichen ist der Rückstand bei der Angestelltenquote in der Investitionsgüterproduktion und im Bereich Nahrungs- und Genußmittel am höchsten, bei der Facharbeiterquote in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sowie dem Verbrauchsgütergewerbe und bei den Akademikerquoten im Investitionsgüter- sowie Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.

Bei rückläufiger Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe insgesamt bedeutet die Verbesserung der Arbeitsplatzstruktur, daß insbesondere Arbeitskräfte mit niedrigen Qualifikationen freigesetzt worden sind. Da sich die strukturelle Arbeitsplatzentwicklung eher noch in Richtung höherwertiger Arbeitsplätze fortsetzen wird, nehmen die Chancen der betroffenen Arbeitskräfte im unteren Qualifikationsbereich für eine Rückkehr in den Arbeitsprozeß weiter ab, und es steigt die Notwendigkeit einer beruflichen Umorientierung⁸.

... und im Dienstleistungsbereich

Die Qualität der Arbeitsplätze im tertiären Sektor zu bestimmen und interregional zu vergleichen, ist mit dem verfügbaren statistischen Material nur begrenzt möglich:

⁷ Zur Notwendigkeit der Personalreduktion im öffentlichen Dienst vgl. auch: Riesige Fehlbeträge im Berliner Landeshaushalt — Bisherige Sparbemühungen reichen nicht aus. Bearb.: Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 45/1995.

⁸ Zur Struktur der Arbeitslosigkeit in Berlin vgl. Klaus-Peter Gaulke: Arbeitslosenstruktur und Bewegungen bei Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in Berlin. DIW-Beiträge zur Strukturfor-schung, Heft 152, Berlin 1994. — Struktur der Arbeitslosigkeit und ihre Veränderung in Berlin. Bearb.: Klaus-Peter Gaulke. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 39/1994.

Tabelle 2

**Indikatoren zur Arbeitsplatzstruktur im verarbeitenden Gewerbe im Jahre 1994
und ihre Veränderung seit 1989 für Westberlin und für Vergleichsregionen**
Jeweilige Stichtage: 30. Juni

Wirtschaftsgruppe Gebiet	Angestelltenquote ¹⁾		Facharbeiterquote ²⁾		Akademikerquote insgesamt ³⁾		Akademikerquote bei den Angestellten ⁴⁾	
	Anteilswert 1994 in vH	Veränderung 1989/94 in vH- Punkten	Anteilswert 1994 in vH	Veränderung 1989/94 in vH- Punkten	Anteilswert 1994 in vH	Veränderung 1989/94 in vH- Punkten	Anteilswert 1994 in vH	Veränderung 1989/94 in vH- Punkten
Grundstoffe und Produktionsgüter								
Westdeutschland ⁵⁾	38,3	3,3	39,0	2,1	7,0	1,3	18,3	2,0
Westberlin	53,9	7,4	29,8	5,0	13,1	3,8	24,4	4,2
Großstädte ⁶⁾	53,7	5,0	53,6	3,8	12,3	2,3	23,0	2,5
Stadtregionen ⁷⁾	48,8	4,1	42,8	2,4	10,5	2,0	21,5	2,4
Investitionsgüter								
Westdeutschland ⁵⁾	36,5	3,1	49,7	4,3	7,2	1,1	19,8	1,5
Westberlin	39,8	5,4	50,1	9,7	11,4	3,5	28,6	5,7
Großstädte ⁶⁾	49,1	3,5	53,4	4,8	15,1	2,4	30,8	2,8
Stadtregionen ⁷⁾	44,5	3,4	52,8	4,8	11,6	1,6	26,1	1,8
Verbrauchsgüter								
Westdeutschland ⁵⁾	28,2	3,2	39,2	1,2	2,1	0,6	7,5	1,3
Westberlin	29,5	5,1	39,0	4,9	2,3	1,0	7,9	2,4
Großstädte ⁶⁾	36,4	3,2	47,6	1,4	2,6	0,6	7,0	1,3
Stadtregionen ⁷⁾	33,0	3,4	40,3	1,1	2,6	0,7	8,0	1,4
Nahrungs- und Genußmittel								
Westdeutschland ⁵⁾	39,9	0,4	40,8	-1,1	1,7	0,4	4,4	0,9
Westberlin	35,4	3,7	33,8	4,1	2,4	0,9	6,9	2,1
Großstädte ⁶⁾	47,5	-0,4	40,9	-2,2	4,3	0,7	9,0	1,6
Stadtregionen ⁷⁾	42,6	0,4	39,1	-1,3	2,7	0,6	6,4	1,3
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt								
Westdeutschland ⁵⁾	35,4	2,9	44,7	2,8	5,6	0,9	15,9	1,4
Westberlin	39,0	5,3	43,7	7,4	8,7	2,7	22,4	4,4
Großstädte ⁶⁾	48,6	3,4	51,6	3,5	12,3	1,9	25,4	2,2
Stadtregionen ⁷⁾	43,3	3,2	47,8	3,1	9,3	1,3	21,4	1,6

¹⁾ Anteil der Angestellten an den Arbeitnehmern insgesamt. — ²⁾ Anteil der Facharbeiter an den Arbeitern. — ³⁾ Anteil der Arbeitnehmer mit Hochschul- und Fachhochschulabschluß. — ⁴⁾ Anteil der Angestellten mit Hochschul- und Fachhochschulabschluß. — ⁵⁾ Einschließlich Westberlin. — ⁶⁾ Hamburg, Bremen, Hannover, Essen, Köln, Frankfurt (Main), Mannheim/Ludwigshafen, Stuttgart, München, Nürnberg/Erlangen/Fürth. — ⁷⁾ Hamburg, Bremen, Hannover, Frankfurt (Main), Mannheim/Ludwigshafen, Stuttgart, München, Nürnberg.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Während die Beschäftigtenstatistik (für Westberlin) im verarbeitenden Gewerbe etwa 93 vH aller Erwerbstätigen erfaßt, sind es im Dienstleistungsbereich lediglich 77 vH. Überdurchschnittlich groß ist die Untererfassung in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung (70 vH), sonstige private Dienstleistungen (71 vH) und Staat (73 vH). Weiterhin fallen im Dienstleistungsbereich sowohl Angestellten- als auch Facharbeiterquoten als Arbeitsplatzindikatoren aus, weil Angestellte hier stärker als im verarbeitenden Gewerbe auch mit einfachen Formen der Leistungserstellung befaßt sind und Arbeiter — mit Ausnahme des Bereichs Verkehr — nur einen geringen

Anteil an den Beschäftigten haben. Aus diesem Grunde können lediglich die Akademikerquoten Aufschluß über die Verteilung von Leitungsfunktionen und anderen hochqualifizierten Tätigkeiten geben.

Struktur und Entwicklung der Akademikerquoten im tertiären Sektor zeigen insgesamt nicht die großen interregionalen Unterschiede wie im verarbeitenden Gewerbe. Dennoch liegt Westberlin gegenüber den westdeutschen Großstädten in Struktur und Entwicklung leicht zurück (Tabelle 3). Die Entwicklung war jedoch insbesondere bei den Dienstleistungsunternehmen — dem Sektor mit der höchsten Beschäftigungszunahme — in Westberlin ausgepräg-

Tabelle 3

**Indikatoren zur Arbeitsplatzstruktur im tertiären Sektor im Jahre 1994
und ihre Veränderung seit 1989 für Westberlin und für Vergleichsregionen**
Jeweilige Stichtage: 30. Juni

Wirtschaftsgruppe Gebiet	Akademikerquote insgesamt ¹⁾		Akademikerquote bei den Angestellten ²⁾	
	Anteilswert 1994 in vH	Veränderung 1989/94 in vH-Punkten	Anteilswert 1994 in vH	Veränderung 1989/94 in vH-Punkten
Handel und Verkehr				
Handel				
Westdeutschland ³⁾	2,8	0,6	3,7	0,7
Westberlin	2,6	0,8	3,5	1,1
Großstädte ⁴⁾	4,7	0,9	6,1	1,1
Stadtregionen ⁵⁾	4,2	0,8	5,5	1,0
Verkehr				
Westdeutschland ³⁾	1,7	0,3	4,7	0,6
Westberlin	1,9	0,7	5,5	1,5
Großstädte ⁴⁾	3,2	0,5	7,0	0,9
Stadtregionen ⁵⁾	2,7	0,3	6,1	0,5
Dienstleistungsunternehmen				
Kreditinstitute, Versicherungen				
Westdeutschland ³⁾	7,4	1,8	7,7	1,8
Westberlin	11,0	5,2	11,3	5,3
Großstädte ⁴⁾	12,2	2,8	12,6	2,8
Stadtregionen ⁵⁾	10,1	2,4	10,5	2,4
Sonstige private Dienstleistungen				
Westdeutschland ³⁾	8,5	1,4	13,5	1,6
Westberlin	9,5	2,4	16,4	2,7
Großstädte ⁴⁾	12,9	2,2	18,9	2,4
Stadtregionen ⁵⁾	11,4	1,9	17,1	2,1
Organisationen ohne Erwerbszweck, priv. Haushalte				
Westdeutschland ³⁾	13,7	0,1	17,4	—0,6
Westberlin	17,3	1,2	22,5	0,4
Großstädte ⁴⁾	19,4	0,7	23,8	0,4
Stadtregionen ⁵⁾	17,3	0,1	21,4	—0,6
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung				
Westdeutschland ³⁾	12,1	1,1	16,9	0,8
Westberlin	14,7	1,0	19,2	0,2
Großstädte ⁴⁾	15,9	1,8	20,6	1,6
Stadtregionen ⁵⁾	13,6	1,4	18,3	1,1
Tertiärer Sektor insgesamt				
Westdeutschland ³⁾	7,6	1,0	11,0	1,1
Westberlin	9,6	1,3	14,3	1,3
Großstädte ⁴⁾	10,9	1,8	14,8	2,1
Stadtregionen ⁵⁾	9,4	1,4	13,1	1,6
Wirtschaft insgesamt				
Westdeutschland ³⁾	6,5	1,0	12,2	1,0
Westberlin	8,8	1,6	15,4	1,7
Großstädte ⁴⁾	11,0	1,7	17,0	1,8
Stadtregionen ⁵⁾	8,9	1,3	15,0	1,3

¹⁾ Anteil der Arbeitnehmer mit Hochschul- und Fachhochschulabschluß. — ²⁾ Anteil der Angestellten mit Hochschul- und Fachhochschulabschluß. — ³⁾ Einschließlich Westberlin. — ⁴⁾ Hamburg, Bremen, Hannover, Essen, Köln, Frankfurt (Main), Mannheim/Ludwigshafen, Stuttgart, München, Nürnberg/Erlangen/Fürth. — ⁵⁾ Hamburg, Bremen, Hannover, Frankfurt (Main), Mannheim/Ludwigshafen, Stuttgart, München, Nürnberg.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

ter als in den Großstädten und den übrigen Vergleichsregionen: Beispielsweise verdoppelte sich im Kredit- und Versicherungsgewerbe der Akademikeranteil von 1989 bis 1994 auf 11 vH, bei den sonstigen privaten Dienstleistungen stiegen die Akademikerquoten nur leicht überdurchschnittlich.

Der leichte Rückstand der Arbeitsplatzstruktur Westberlins gegenüber westdeutschen Großstädten hinsichtlich der Besetzung von Arbeitsplätzen mit Akademikern ist um so bemerkenswerter, als Berlin als Hochschulstandort mit 140 000 Studierenden ein vergleichsweise großes Angebot an entsprechenden Arbeitskräften zur Verfügung steht. Offenbar gelang es bisher nicht, ein entsprechendes Arbeitsplatzangebot in vergleichbarem Umfang zu westdeutschen Großstädten zu entwickeln.

Fazit

Im Zuge der Vereinigung kam es auch im Westteil Berlins zu erheblichen Veränderungen in der Arbeitsplatzstruktur. Mit großer Dynamik hat sie sich derjenigen westdeutscher

Großstädte angenähert. Vor allem im verarbeitenden Gewerbe besteht aber noch immer ein deutlicher qualitativer Rückstand.

Diese insgesamt positive Entwicklung hat allerdings erhebliche negative Auswirkungen auf Arbeitskräfte mit geringer Qualifikation: Weil die Strukturverbesserung teils durch Abbau qualitativ geringwertiger Arbeitsplätze, teils durch Aufbau qualitativ höherwertiger Beschäftigungsmöglichkeiten erreicht wurde, wobei der Bedarf größtenteils durch den Zustrom (qualifizierter) Arbeitskräfte aus Ostberlin und dem Umland gedeckt worden ist⁹, haben sich die Arbeitsmarktchancen für gering qualifizierte Arbeitskräfte in Westberlin verschlechtert. Für viele von ihnen ist daher der Arbeitsplatzverlust nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft und stellt die Berliner Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik vor große Herausforderungen.

⁹ So haben etwa „Westpendler“ allgemein eine gute Ausbildung. Vgl. Pendler und Migranten — zur Arbeitskräftemobilität in Ostdeutschland. Bearb.: Wolfgang Scheremet und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 3/1992.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 65. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 2/1995. 198 S. DM 136,—

Editorial. Von *Florian Straßberger* und *Harald Trabold*

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Von *Harald Trabold*.

Systemische Wettbewerbsfähigkeit: Neue Anforderungen an Unternehmen und Politik. Von *Klaus Eßer*, *Wolfgang Hillebrand*, *Dirk Messner* und *Jörg Meyer-Stamer*.

Technischer Wandel und wirtschaftliches Wachstum: Einige jüngere Entwicklungen, empirische Ergebnisse und wirtschaftspolitische Konsequenzen. Von *Florian Straßberger*.

Die Internationalisierung von Forschung und Entwicklung multinationaler Unternehmen und die technologische Leistungsfähigkeit von Volkswirtschaften. Von *Marian Beise* und *Heike Belitz*.

Zur technologischen Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft — *Eine ökonomische Beurteilung im längerfristigen und internationalen Vergleich*. Von *Dieter Schumacher*.

Aspekte der Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Industrie. Von *Alexander Eickelpasch*.

EU-Politik zur Steigerung regionaler Wettbewerbsfähigkeit. Von *Christian Weise*.

Competitiveness of Central-Eastern European Countries. By *Ulrich Thießen*.

Internationale Wettbewerbsfähigkeit der südostasiatischen Schwellen- und Entwicklungsländer. Von *Ludger Lindlar*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Heft 3/1995. 208 S. DM 142,—

Editorial. Von Prof. Dr. *Lutz Hoffmann*.

Finanzpolitisches Handeln und Vereinigungsprozeß — ein Rückblick auf fünf Jahre Deutsche Einheit Von *Dieter Vesper*.

Geld und Währung in Deutschland seit der Währungsumstellung. Von *Reinhard Pohl*.

Die deutsche Vereinigung — ein Transferproblem. Von *Heiner Flassbeck*.

Die deutsche Vereinigung — Stimulus für die Weltwirtschaft? — *Ein Rückblick mittels ökonometrischer Simulationen*. Von *Gustav A. Horn* und *Rudolf Zwiener*.

Strukturen der Industrie in den neuen Bundesländern. Von *Karl Brenke*.

Die Privatisierungs- und Sanierungsstrategie der Treuhandanstalt: Eine Analyse aus transaktionskostentheoretischer Sicht. Von *Herbert Brücker*.

Strukturwandel von Nachfrage und Produktion in Ostdeutschland — *Veränderte Einschätzungen durch Berücksichtigung von Preisunterschieden*. Von *Martin Gornig* und *Claudius Schmidt-Faber*.

Income Effects of Unemployment and Short-Time Work in the East German Transformation Process. By *Johannes Schwarze*, *Ulrich Rendtel* and *Felix Büchel*.

Anlagevermögen und Produktionspotential in Ostdeutschland. Von *Bernd Görzig*.

Auswirkungen des Bevölkerungsrückganges in den neuen Bundesländern auf ausgewählte Infrastrukturbereiche. Von *Erika Schulz*.

Maßnahmen und Wirkungen der Umweltpolitik des Bundes in den neuen Ländern. Von *Heike Belitz*, *Dietmar Edler* und *Walter Komar*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Heft 4/1995. 134 S. DM 98,—

Market spreading versus market concentration: The choice of export marketing strategies reconsidered. By *Harald Trabold*.

Arbeitsmarktsituation von Frauen in den neuen Bundesländern: Erwerbsverhalten, frauenspezifische Beschäftigungsrisiken, betriebliche Handlungsspielräume. Von *Friederike Behringer*.

Kohorteneffekte auf Niveau und Entwicklung von Arbeitseinkommen im Laufe des Berufslebens — eine empirische Studie. Von *Hilmar Luckert*, *Christof Kühnlein* und *Leonhard Knoll*.

Koordinierungsbedarf für die direkten Steuern bei verstärkter politischer und wirtschaftlicher Integration in der Europäischen Union. Von *Thomas Döring* und *Oliver Fromm*.

Individuelle Wohlfahrtseffekte einer ökologischen Steuerreform am Beispiel des Verkehrsbereiches. Von *Holger Schlör*.

Armut in der Transformation — das Beispiel Ungarn. Von *Rudolf Andorka* und *Zsolt Spéder*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Rolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schrettl, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Jochen Schmidt und Ulrich Weissenburger.

Wie wichtig sind die finanzpolitischen Konvergenzkriterien? Bearbeitet von Marcel Stremme. —
Arbeitsplatzstruktur im Westteil Berlins seit der Vereinigung. Bearbeitet von Klaus-Peter Gautke.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304